

# Die Rote Armee - Freund und Helfer beim schweren Neubeginn in Leipzig

Dr. Kurt Schneider und Wolfgang Welkerling  
 in einem Beitrag für eine Broschüre  
 zum 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution)

Vormittag des 18. April 1945 wurde das mutige Eingreifen zahlreicher Angehöriger des Nationalkomitees "Freies Deutschland" der Versuch von dem Blut der Leipziger das faschistische deutsche Impetus hinauszuziehen. Auf eine gemeinsame antifaschistische Basis mit den amerikanischen vertrauensvoll, das NKFD sofort, die Versorger vor Plünderern zu sichern, wurde aus ihren Schlupfwinkeln Sabotageakte zu verhindern und in anderer Weise für Ordnung zu sorgen. Tausende Keime antifaschistisch-antifaschischer Selbstverwaltungsorgane, die von US-Offizieren von Anfang an durch im Auge waren.

Die neue galt Eisenbowers Direktive, in der es unter anderem hieß: "Leipzig wird nicht besetzt, um beherrscht zu werden, sondern weil es ein besetztes Land ist." Die amerikanische Besatzungsmacht war nicht gewillt, den von den antifaschistischen Organen geführten Neuaufbau zu gestatteten. In der Besatzungszone der Sowjetunion in Deutschland vom 10. Juni 1945 über die Zulassung antifaschistischer Parteien und Organisationen in Leipzig Gültigkeit erhielt, begann zugleich mit der Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Leipzig eine völlig neue Qualität in der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse. Diese ergab sich vor allem aus dem Zusammenwirken beider Arbeiterparteien und der Einigkeit aller antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen über die strategische Zielsetzung, die Notwendigkeit der politischen und ökonomischen Entmachtung des faschistischen deutschen Imperialismus und den demokratischen Neuaufbau durch alle im Block vereinten Kräfte unter der Hegemonie der Arbeiterklasse. Damit begann auch in Leipzig die Idee der Volksfront auf noch breiterer Grundlage Wirklichkeit zu werden. Diese progressive Entwicklung wurde aktiv von der sowjetischen Militärverwaltung unterstützt, deren Besatzungskonzeption sich grundsätzlich von der imperialistischen Antifaschistenkoalition durch imperialistische Interessen zu verwissem, handelte jene entsprechend den Grundätzen sozialistischer Außenpolitik, die bereits Engels 1882 in einem Brief an Kautsky formulierte: "Das stehende Proletariat kann keinem fremden Volk irgendwelche Begünstigung aufzwingen, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben." Diese Maxime verschaffte die Sowjetunion in den Vereinbarungen der Antihitlerkoalition von Anfang an Geltung. Damit wurde erreicht, daß Deutschland trotz der Niederlage der Hitlerfaschisten zu keiner Zeit willkürlich besetzt, sondern für das deutsche Volk

außerhalb des geltenden Völkerrechts gestellt wurde, wie es einige Pläne der imperialistischen Siegermächte ursprünglich vorsahen.

So wurde dem deutschen Volk das Recht gestiftet, im Rahmen der für alle Völker geltenden Pflicht des Friedens, der Anerkennung der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung anderer Völker über die eigene Staats- und Gesellschaftsordnung sowie über deren politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung selbst zu entscheiden. Durch den Einfluß der Sowjetunion stellten die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens ein völlig neues Verhältnis zwischen den Siegermächten und einem besiegten Staat her. Es hatte zu sichern, daß Deutschland, das jahrelang die Prinzipien des Völkerrechts mit Füßen getreten hatte, zu deren Anerkennung zurückkehrte und eine Wiederholung der friedensbedrohenden deutschen Politik unmöglich gemacht wurde. Deshalb wurden die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Besatzungsmächte einerseits konkret festgelegt, andererseits aber auch dem deutschen Volk jede Möglichkeit einer demokratischen Entwicklung gegeben.

Obwohl das Potsdamer Abkommen eine einheitliche Rechtsbasis für alle Besatzungszonen gab, war seine Auslegung unterschiedlich. Während die westlichen Besatzungsmächte in ihren Zonen als Militärregierung auftraten und unter Mithilfe des Selbstbestimmungsrechtes Gesetze erließen, die den politischen Erfordernissen des deutschen Volkes widersprachen, bezeichnete die Sowjetunion ihr Besatzungsorgan als Militärverwaltung, die zwar Befehle zu bestimmten Grundfragen erließ, deren Texte jedoch in den meisten Fällen eindeutig darauf hinwiesen, daß die entsprechenden Maßnahmen auf Vorschlag der deutschen Selbstverwaltungsorgane oder der demokratischen Parteien und Massenorganisationen und im Einvernehmen mit diesen durchgeführt würden. Dergestalt erhielten die deutschen antifaschistisch-demokratischen Organe zunehmend eigene Entscheidungsfreiheit, die einen Höhepunkt im Befehl 110 des Obersten Chefs der SMAD vom 22. 10. 1945 fand. Darin erhielten die Landes- und Provinzialverwaltungen im Rahmen der Kontrollratsgesetze und der Befehle der SMAD das Recht, Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Zugleich erhielten alle zurückliegenden Verordnungen Gesetzeskraft.

Die sowjetische Militärverwaltung sah von Anfang an ihre Hauptaufgabe in der Kontrolle der in Potsdam festgelegten Maßnahmen und in der Hilfe für die sich herausbildenden antifaschistisch-demokratischen Organe. Sie stand vom ersten Tage an konsequent auf der Seite der Volksmassen und handelte als ihr Klassenverbündeter. Einerseits gewährte sie den Volksmassen eine demokratische Entscheidungsfreiheit, wie es sie selbst in den besten Zeiten der bürgerlichen Demokratie nicht gegeben hat. Andererseits half sie, die reaktionären Kräfte zu bändigen. (Stefan Doernberg)

## Die Sowjetunion wahrte und verteidigte das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen

Mit dem Einzug der sowjetischen Truppen am 2. Juli 1945 entwickelte sich in Leipzig wie überall in der sowjetischen Besatzungszone des demokratischen Lebens. Indem jetzt der Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland vom 10. Juni 1945 über die Zulassung antifaschistischer Parteien und Organisationen in Leipzig Gültigkeit erhielt, begann zugleich mit der Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Leipzig eine völlig neue Qualität in der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse. Diese ergab sich vor allem aus dem Zusammenwirken beider Arbeiterparteien und der Einigkeit aller antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen über die strategische Zielsetzung, die Notwendigkeit der politischen und ökonomischen Entmachtung des faschistischen deutschen Imperialismus und den demokratischen Neuaufbau durch alle im Block vereinten Kräfte unter der Hegemonie der Arbeiterklasse. Damit begann auch in Leipzig die Idee der Volksfront auf noch breiterer Grundlage Wirklichkeit zu werden. Diese progressive Entwicklung wurde aktiv von der sowjetischen Militärverwaltung unterstützt, deren Besatzungskonzeption sich grundsätzlich von der imperialistischen Antifaschistenkoalition durch imperialistische Interessen zu verwissem, handelte jene entsprechend den Grundätzen sozialistischer Außenpolitik, die bereits Engels 1882 in einem Brief an Kautsky formulierte: "Das stehende Proletariat kann keinem fremden Volk irgendwelche Begünstigung aufzwingen, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben." Diese Maxime verschaffte die Sowjetunion in den Vereinbarungen der Antihitlerkoalition von Anfang an Geltung. Damit wurde erreicht, daß Deutschland trotz der Niederlage der Hitlerfaschisten zu keiner Zeit willkürlich besetzt, sondern für das deutsche Volk

## Die sowjetische Kommandantur hilft beim demokratischen Neuaufbau

Die hier geschilderte Haltung zeichnete auch die Arbeitsweise der sowjetischen Kommandantur in Leipzig von Anfang an aus. Das Protokoll einer der ersten Beratungen zwischen dem Stadtkommandanten Generalleutnant Trufanow und Vertretern der Stadtverwaltung am 12. 7. 1945 macht das besonders deutlich. Trufanow wies in dieser Beratung darauf hin, daß die Antifaschisten sich Mühe geben sollten, denn es würde nicht etwa für die russische Ver-

wirtschaft. Zahllose Besprechungen galten dieser Frage. Planvoll wurde mit den Grundaufgaben begonnen, der Inangensetzung und Inangenhaltung der Versorgungs- und Transportwesens.

Gleichzeitig erteilte die Stadtkommandantur Ende Juli/Anfang August die Befehle 4, 20 und 82. Diese Befehle verfolgten das Ziel, die Produktionsstätten vor Anschlägen der Konzernvertreter... zu schützen. Außerdem gewährte sie den im Aufbau begriffenen staatlichen Leitungen einen Einblick in die Struktur der kapitalistischen Wirtschaftsverbände, in die Konzernverflechtungen und Leistungszentren." (Dr. Günter Krüger / Dr. Karl Urban)

Mit der Inangensetzung der Produktion griffen die Arbeiter in die Wirtschaftsführung ein. Das wurde notwendig, weil eine große Zahl Betriebe von ihren Besitzern verlassen worden waren, aber auch, weil reaktionäre Kräfte bewußt die Produktion boykottierten. Das brachte der Stadtverwaltung eine Reihe ungewohnter neuer Aufgaben. Es galt, gemeinsam mit den Werktätigen im Block und in den Gewerkschaften durch administrative Maßnahmen und umfassende Kontrolle die Produktion in Gang zu bringen und zu steigern. Zugleich mußten die Anfänge einer Produktionsplanung bewilligt und die Verteilung organisiert werden. Nicht zuletzt waren die Betriebe von Faschisten zu säubern und die Obstruktion der Monopolvertreter zu beenden.

In dieser Situation entstand der Wirtschaftspolitische Ausschuß der Stadtverwaltung. Die sowjetische Kommandantur, die diesem Ausschuß wertvolle Erfahrungen vermittelte, orientierte auf eine weitreichende Förderung der Eigeninitiative der Unternehmer, die gewillt waren, am demokratischen Neuaufbau mitzuwirken. Zugleich wurde der materielle Anreiz durch Prämienverleihung vorfristigen Leistungen und Sanktionen bei Säumigkeit auf die Tagesordnung gesetzt.

Die kategorische Forderung Generalleutnant Trufanows, in Böhlen bis 1. 9. 1945 täglich 230 t Treibstoffproduktion zu erreichen, bewirkte z. B. verbunden mit anderen stimulierenden Maßnahmen, eine sprunghafte Produktionssteigerung. So wuchs die Monatsproduktion der Böhlerer Schwelerei an den wichtigen Ausgangsprodukten Teer und Leuchtöl vom August zum September von 4307 auf 7112 t. Das bedeutete zwar erst etwa 32 Prozent der Normalproduktion, war aber unter den gegebenen Bedingungen ein großer Erfolg der Böhlerer Arbeiter und der sowjetischen Hilfe, der die Versorgungstransporte sichern half.

## Für eine antifaschistisch-demokratische Wissenschaft und Kultur

Mit außerordentlicher Intensität halfen die sowjetischen Freunde auch beim kulturellen Neuaufbau und der Reorganisation des Volksbildungswesens. Besondere Sorgfalt verwendeten die Verantwortlichen der Abteilung Volksbildung der SMAD für die Probleme der Leipziger Universität, deren schnelle Wiedereröffnung eine wichtige Voraussetzung für die Herausbildung einer neuen antifaschistisch-demokratischen Intelligenz war. Neben der Entnazifizierung und Demokratisierung war die Verbesserung der Lebensbedingungen der Wissenschaftler von unschätzbare Bedeutung. Diesen Problemen galt eine Besprechung von Oberbürgermeister Zeigner am 18. 7. 1945. Platonow machte die Notwendigkeit deutlich, die Apathie vieler Wissenschaftler zu überwinden und forderte, daß die Rationen der Professoren sofort um das Doppelte oder Dreifache erhöht werden, denn ein Wissenschaftler könne nicht arbeiten, wenn er Brotsorgen hätte. Es wäre nicht im Sinne der Sowjetunion, Wissenschaft und Kultur in Deutschland niederzuhalten... Wenige Tage später, am 26. 7. 1945 fand eine wichtige Besprechung zwischen dem Leiter der Abteilung Volksbildung der SMAD Solotuchin, Oberbürgermeister Dr. Zeigner, dem Generaldirektor der Deutschen Bühnen und anderen Vertretern der Stadtverwaltung statt, die sich mit der Wiedereröffnung der Theater, Verlage und Bibliotheken ebenso befaßte wie mit Fragen der Schulen, der Universität und der Verbesserung der Lage der Wissenschaftler.

Daneben begannen die organisatorischen Vorbereitungen zur Wiederaufnahme des Universitätsbetriebes, die volle Unterstützung der Kommandantur fanden, gleichgültig, ob es sich um Treibstoffbereitstellung für die Rückführung der ausgelagerten Bibliotheksbestände oder die Beschlagnahmegerichtung der Hülstraße 18/19 für die Universitätsklinik handelte. Geplant war die Immatrikulation von etwa 2000 Studenten. Dabei wurde erstmals auf die Gewinnung von Arbeiterstudenten orientiert. Diese etwa 500 Personen sollten über Vorbereitungskurse, Vorläufer der späteren ABF, zur Reifeprüfung geführt werden. Zugleich wurde die Unterstützung mittelloser Studenten durch Stipendien festgelegt. Nach diesem umfangreichen Vorarbeiten konnte am 5. 2. 1945 die Leipziger Universität wieder eröffnet werden.

Während in der Zeit der amerikanischen Besetzung alle Leipziger Kulturstätten Spielverbot hatten, konnte dank der sowjetischen Hilfe bereits am 29. Juli 1945 die Leipziger Oper im Kleinen Haus in der Dreilindenstraße mit Beethoven's „Fidelio“ wieder an die Öffentlichkeit treten. Eine Kulturstätte nach der anderen nahm den Betrieb wieder auf, und als am 24. November die Deutsche Bühnen sowie Ende 1945 das in dem teilweise zerstörten ehemaligen Centraltheater eingerichtete Schauspielhaus die Pforten geöffnet hatten, konnte man Leipzig wieder zu Recht als ein bedeutendes Kulturzentrum in Deutschland bezeichnen.

Die hier skizzierte Entwicklung war der Ausdruck der engen Zusammenarbeit zwischen dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien, den Organen der sich herausbildenden neuen Staatsmacht und den Vertretern der Sowjetmacht. So

## Gemeinsam gegen die Wurzeln des Imperialismus

Ein weiteres wichtiges Gebiet, dem die sowjetischen Freunde große Aufmerksamkeit widmeten, war der Wiederaufbau der



Wirtschaft. Zahllose Besprechungen galten dieser Frage. Planvoll wurde mit den Grundaufgaben begonnen, der Inangensetzung und Inangenhaltung der Versorgungs- und Transportwesens.

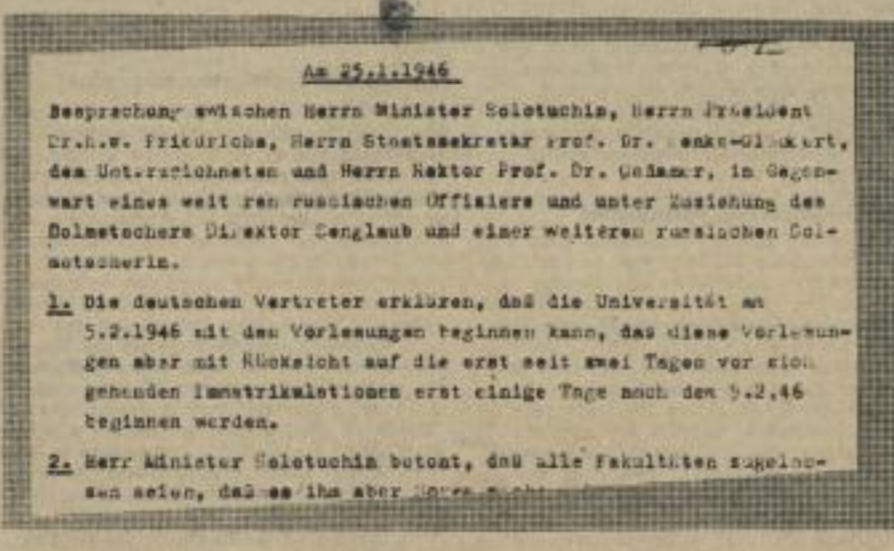
## Arbeiterstudenten bildungshungrig und fleißig

243 von 2000 Leipziger Studenten in den Vorbereitungslehrgängen

lernten die Werktätigen ihre Macht gebrauchen, brachte die gemeinsame Arbeit Kommunisten und Sozialdemokraten einander näher. In diesen ersten Monaten wurden wichtige Grundsteine einer großartigen Entwicklung gelegt, die zur Einheitspartei der Arbeiterklasse und zur Errichtung der Arbeiter- und Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik führte.

## Quellenverzeichnis

1. Rudolf Arzinger, Das Selbstbestimmungsrecht im allgemeinen Völkerrecht der Gegenwart, Berlin 1901, S. 234-242.
2. Edgar Böllger, Der Kampf des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ gegen Leipzig, Leipzig 1963, S. 17-19.
3. Liselotte Borusniak, Arbeitergeschichte zur Geschichte der Stadt Leipzig, Leipzig 1963, S. 24.
4. Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition (1943 bis 1949), Berlin 1960, S. 115f.
5. Stefan Doernberg, in: Zwei Jahrzehnte deutsch-sowjetische Beziehungen 1945-1965, Berlin 1965, S. 41.
6. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1965, S. 19 und 94 f.
7. Helmut Griebenow, Antifaschisten zogen ins Rathaus, LVZ vom 11. 2. 1960.
8. Dr. Günter Krüger / Dr. Karl Urban, in: Arbeiterberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig, Nr. 4, Leipzig 1964, S. 15 f.
9. Ernst Löbner, in: Wir sind die Kraft, Berlin 1909, S. 343.
10. Karl Marx / Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1963, S. 421.
11. Protokoll einer Arbeitssitzung der SED-Stadtleitung über die Zeit der amerikanischen Besetzung vom 11. 1. 1964, S. 63-64.
12. Kurt Rolberg, Vom Kampf und Sieg des NKFD Leipzig, LVZ vom 20. 3. 1965.
13. Stadtarchiv Leipzig, Akten der Stadtverwaltung und des Rates der Stadt Leipzig, Nr. 120, 1809, 2547, 2430, 2431 und 11 047.
14. Walter Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1, 1. Halbband, Berlin 1953, S. 101.
15. Walter Ulbricht, in: 20 Jahre Blockpolitik, Berlin 1965, S. 2.
16. James P. Warburg, Deutschland - Brücke oder Schicksal, Stuttgart 1948, S. 322.



gische Zielsetzung, die Notwendigkeit der politischen und ökonomischen Entmachtung des faschistischen deutschen Imperialismus und den demokratischen Neuaufbau durch alle im Block vereinten Kräfte unter der Hegemonie der Arbeiterklasse. Damit begann auch in Leipzig die Idee der Volksfront auf noch breiterer Grundlage Wirklichkeit zu werden. Diese progressive Entwicklung wurde aktiv von der sowjetischen Militärverwaltung unterstützt, deren Besatzungskonzeption sich grundsätzlich von der imperialistischen Antifaschistenkoalition durch imperialistische Interessen zu verwissem, handelte jene entsprechend den Grundätzen sozialistischer Außenpolitik, die bereits Engels 1882 in einem Brief an Kautsky formulierte: "Das stehende Proletariat kann keinem fremden Volk irgendwelche Begünstigung aufzwingen, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben." Diese Maxime verschaffte die Sowjetunion in den Vereinbarungen der Antihitlerkoalition von Anfang an Geltung. Damit wurde erreicht, daß Deutschland trotz der Niederlage der Hitlerfaschisten zu keiner Zeit willkürlich besetzt, sondern für das deutsche Volk

gearbeitet. Es müsse so werden, daß... Trufanow zur Stadtverwaltung und zum Polizeipräsidenten käme, um sich dort beraten zu lassen." Es war ein Grundriss der Kommandantur, die Initiative der Stadtverwaltung auf vielerlei Weise anzuregen und zu fördern. Das geschah besonders dadurch, daß die Vertreter der Kommandantur von der eigenen Entscheidung stets konkrete Vorschläge zu den ansiehenden Problemen verlangten, helfende Kritik übten und zur Selbstkritik anleiteten. Zugleich leisteten sie politisch-ideologische Hilfe und übermittelten wertvolle Erfahrungen des ant imperialistischen Kampfes und der umfassenden Demokratisierung aller Lebensbereiche.

Ein gemeinsames Hauptanliegen der Blockparteien und der Kommandantur war eine weitestgehende Demokratisierung der Stadtverwaltung. Es ging dabei nicht allein um einen Personalwechsel in dem unter den Amerikanern kaum von Faschisten gesäuberten Verwaltungsapparat und der Polizei, sondern die ganze Form und der Inhalt der Machtausübung mußten verändert werden.

Die Veränderungen begannen am 16. Juli 1945 mit der Ernennung Dr. Zeigners (SPD) zum Oberbürgermeister, dem als Stell-